

EDITORIAL

Die moderne Warengesellschaft zeichnet sich durch eine ungeheure Fähigkeit aus, ihr eigenes durch und durch von Absurditäten und eklatanten Widersprüchen geprägtes Universum als einzig denkbare, quasi natürliche Ordnung erscheinen zu lassen und ihre aporetischen Denkfiguren als die menschlichen schlechthin. Unsere Sprache spiegelt diese enorme, im Laufe der kapitalistischen Entwicklung beständig gewachsene Suggestionsmacht wider; schlimmer noch, sie ist über weite Strecken zu deren omnipräsenten Exekutor verkommen. Schon die faschistischen und realsozialistischen Sprachregelungen haben die Grenze zwischen bezeichnendem Sprechen und offener Lüge verwischt. Verglichen mit dem am allgegenwärtigen Vorbild der Reklame geformten marktdemokratischen Jargon blieben sie dank ihrer Zentrierung auf die politische Sphäre allerdings noch primitiv, leicht durchschaubar und von beschränkter Reichweite – und so erweist sich auch in dieser Hinsicht der Totalitarismus der Ware als der eigentliche.

Die wuchernde Ausbreitung von Suggestivbegriffen indiziert vielleicht am deutlichsten, wie sehr die totale Fixierung auf die gesellschaftliche Form, die in der Krise weniger ihr Ende als vielmehr ihre Vollendung findet, aus der Sprache, dem zentralen Medium der Aneignung von sozialer Wirklichkeit, ein Mittel der Erkenntnisvermeidung gemacht hat. In der öffentlichen Diskussion wimmelt es mittlerweile von Schlagworten, die allein die Legitimierung und euphemistische Zurechtinterpretation der Krisenwirklichkeit zum Inhalt haben und dabei keinerlei Widerspruch zulassen wollen. Die bürgerlichen Prinzipienbegriffe haben sich mit ihrer Durchsetzung und Verallgemeinerung in sakrosankte Leerformeln verwandelt. Wollte jemand auf die Idee verfallen, sich gegen hehre Ideale wie »Gerechtigkeit«, »Demokratie«, »Freiheit« und »Menschenrechte« zu positionieren, hätte er sich damit quasi automatisch entweder als Verrückter oder im immanenten Umkehrschluß als Befürworter von Unfreiheit, Menschenrechtsverletzungen, diktatorischen Herrschaftsformen und Blutvergießen, also als eine Art von bekennendem Unmenschen entlarvt. In den letzten Jahren ist aber eine ganze Batterie tief unterhalb dieser Ebene angesiedelter, neugeprägter Sprechblasen in einen ähnlich sakrosankten Status aufgerückt. Wer sich beispielsweise mit der »Globalisierung« nicht anfreunden mag oder die Opfer der »Sachzwanglogik« beklagt, könnte, so suggerieren diese Begriffe, ebenso gut die Gefahr von Treppenstürzen zum Anlaß nehmen, für die Abschaffung der Schwerkraft einzutreten. Und wer etwa »Flexibilität« nicht als *conditio humana* freudestrahlend begrüßt, decouvriert sich damit bereits als miesepetriger Ewiggestriger, als jemand,

der sich nicht nur dem »Geist der neuen Zeit« sperrt, sondern »unser aller Zukunft« insgesamt gefährdet.

Zu diesen grundsätzlich positiv konnotierten neototalitären Newcomer-Begriffen gehört auch das auf den ersten Blick so unschuldig wirkende Wörtchen »Öffnung«. Vor zwanzig Jahren kam das Adjektiv »offen« meist nur im Zusammenhang mit Türen oder Fenstern vor und wurde, übertragen auf den zwischenmenschlichen Verkehr, für gewöhnlich als eine höfliche Umschreibung für grobes Verhalten verstanden, als die Neigung, Mitmenschen mit wenig einfühlsamen Äußerungen vor den Kopf zu stoßen. Heute bekennt man sich in Werbung wie Politik unisono zur »Offenheit«, sich öffnen ist Weg und Ziel in jeder Psychogruppe, und auch wer sein Humankapital zu Markte trägt, tut gut daran, seine besondere Qualifizierung in dieser Sache gebührend herauszustellen. Selbst die Erbverwalter der Restbestände von Gesellschaftskritik wollen da nicht abseits stehen. Nicht nur Fritz Haug rief schon vor Jahr und Tag einen »pluralen Marxismus« aus; die Linke wird gar nicht oder »offen« sein, so lautete die offizielle oder inoffizielle Devise sämtlicher Sammlungsversuche der letzten Jahre.

Ob sich Gesellschaftskritik einen Gefallen tut, wenn sie in das allgemeine Öffnungsgesumme einstimmt, darf allerdings nicht nur aufgrund der mit dem inflationären Gebrauch einhergehenden Entwertung des Begriffs bezweifelt werden. Wie in ähnlichen Fällen, so geht auch die flächenbrandartige Ausbreitung des Öffnungs-Vokabulars mit einer Bedeutungsverkehrung im Sinne des Orwellschen Neusprech einher. Der Terminus verweist nicht, wie er nahelegen versucht, auf die Bereitschaft zu »herrschaftsfreier Kommunikation«, sondern auf so etwas wie eine freiwillige Zwangsöffnung, also auf die durch Akzeptanz verdoppelte Unterwerfung unter das allgegenwärtige warengesellschaftliche Diktat.

Was seinen populärpsychologischen Gebrauch angeht, so ist der Sündenfall nicht erst bei jenen an betriebswirtschaftlich optimierter Vernutzung von Humankapital orientierten Anwendern zu suchen, die alle Errungenschaften der neuen Offenheitskultur pfeilschnell in allgemeines Produktivitäts-Mobbing ummünzen; die Kritik an persönlichen Schwerfälligkeiten und Hemmungen war vielmehr von vornherein Vehikel einer unbedingten Affirmation der sich aus dem sozialen Kontext herausabstraktifizierenden Monade. Das universelle Offenheitsgebot zielte stets darauf ab, genau jene Vorurteilslosigkeit und pseudosouveräne Unverklemmtheit als allgemeines Lebensprinzip zu propagieren, mit der sich das Warensjekt idealiter den ach so vielfältigen Möglichkeiten einer zur Vielzahl von Konsumangeboten zerstückelten Wirklichkeit überantwortet. Allzeit offen ist selbstverständlich nur, wer sich niemals auf irgendetwas oder irgendjemanden wirklich einläßt – außer auf die Zwänge der Warengesellschaft. Offenheit meint also im Klartext die Offenheit gegenüber den Zumutungen eines totalitären Systems. Sie ist nur dessen subjektive Seite und steht damit gerade für jene hermetische Selbstabschottung, mit der sich das spätbürgerliche Bewußtsein vor der Vorstellung einer anderen Daseinsweise in Sicherheit bringt.

Wechselt man das Bedeutungsfeld und versucht die erstaunliche politische Laufbahn der Öffnungsideologie nachzuzeichnen, so erweisen sich auch hier Öffnung und Emanzipation weit eher als Gegensätze denn als Synonyme. Schon die Premiere des Begriffs in diesem Kontext, Mitte des 19. Jahrhunderts, war ein Euphemismus für Zwang und Gewalt. Er bezeichnete damals die mit der militärischen Brechstange vollzogene Erschließung Ostasiens für den westlichen Handel, also den Opiumkrieg der Briten in China sowie die Aktionen der amerikanischen Kriegsmarine unter Commodore Perry, die der mehr als 200jährigen, administrativ abgesicherten Abschottung Japans ein Ende setzten. Als Ende der 80er Jahre dieses Jahrhunderts im Gefolge von Glasnost und Perestroika die Öffnungsrhetorik eine Renaissance erlebte, hatte zwar die Wucht »friedlicher« kapitalistischer Konkurrenz den Rekurs auf militärisch-imperiale Lösungen überflüssig gemacht; nichtsdestoweniger war auch die Offensivkapitulation des maroden Realsozialismus vor der übermächtigen Marktlogik erst recht ein katastrophisch-gewaltsamer Prozeß. Die Form der »freiwilligen« Übergabe erleichterte es lediglich Protagonisten und Zuschauern, die alte Lüge beim zweiten Durchlauf zu perfektionieren, indem sie das Scheitern des Versuchs etatistischer Überlistung des Wertdiktats zu seinem Gegenteil umdeuteten: der Erschließung neuer und vielversprechender marktdemokratischer Entwicklungsperspektiven.

Sowohl das suizidale Exempel der Sowjetunion und ihrer ost- und mitteleuropäischer Satelliten als auch die dazugehörige verrückte Selbstwahrnehmung der Abriß-Reformer macht mittlerweile allenthalben Schule, auch im Westen. Das bildet den Hintergrund für die Verallgemeinerung des Öffnungsgeschwätzes. Je mehr die Krise der warengesellschaftlichen Form auf die Zentren übergreift, je fester der Belagerungsring um die atomisierten Warensjekte und je enger ihre Spielräume und die des abgerüsteten Regulationsstaats, desto eifriger bemüht sich ein delirierender Zeitgeist, den beschleunigt voranschreitenden gesellschaftlichen Desintegrationsprozeß zu einem weiten Feld neuer »Chancen« schönzureden. Die mit der völligen Entgrenzung des Kapitalismus einhergehenden sozialen Verwerfungen und die Vernichtungslogik globaler Konkurrenz wird zu einer Sammlung von »Risiken« entwirklcht – »Risiken«, für die natürlich letztlich die Inflexibilität der Opfer verantwortlich sein soll.

Die Zuckergußvariante der verlogenen Öffnungsrhetorik präsentieren »zukunftsorientierte« Modesoziologen vom Schlage eines Ulrich Beck: Wenn der Osten seine Mauern hat fallen lassen, dann müsse auch der Westen die Gunst der Stunde nutzen, sich von überlebten Dogmen verabschieden und in das Projekt einer »zweiten Moderne« eintreten. Worin der praktische Gehalt dieser antidogmatisch sich gerierenden Aufbruchs-Schwadronade allein bestehen kann, liegt trotz aller wolkigen Formulierungen allerdings auf der Hand. Die sich den Warensjekten als Warensjekten bietenden ach so vielfältigen und bunten Möglichkeiten reduzieren sich allesamt auf das Eine und Gleiche: dem eigenen Herausfallen aus der Konkurrenz durch das Herausdrängen der Konkurrenten zuvorzukommen und die Auswirkungen der ka-

pitalistischen Krise so gut es geht zu externalisieren. Die »zweite Moderne« kommt als prekäres liberales Apartheidsregime zu sich. Schon heute demonstrieren im gewerkschaftlichen und rot-grünen Spektrum Heerscharen von superkonformen »Querdenkern« ihre Weltoffenheit und antidogmatische Haltung allein in der Bereitschaft, im Zuge der Standortkonkurrenz allen Öko- und Sozialstaatsballast über Bord zu werfen und zugleich die Abschottung gegenüber zudringlichen Elends-Immigranten zu perfektionieren. Und dies ist selbstverständlich keine vorübergehende Verirrung, sondern verweist auf die unausgesprochene Quintessenz der Sache. Die neue Offenheit steht für offene Repression. Die neue Toleranz ist die Toleranz gegenüber den mörderischen Konsequenzen des Krisenkapitalismus.

Daß der Zeitgeist, wenn er »Offenheit« predigt, damit die präventive (Selbst)entwaffnung jedes denkbaren Herdes von Widerständigkeit meint, gilt nicht allein für Politik und Alltagsleben, sondern auch für die theoretische Sphäre. Nach dem prekären Endsieg der Warenform hängt die Wertschätzung von Theorien nicht mehr von ihrer analytischen Kraft ab, anerkannt wird vielmehr nur garantiert zahnsloses Theoretisieren. Theorie hat nicht kohärent und richtig zu sein, sondern vornehmlich offen für andere Ansätze, und vor allem muß sie es um jeden Preis vermeiden, in den Geruch einer »Großtheorie« zu geraten. Der Positivismus hat schon seit jeher jeden Versuch, über die Einzelfaktenhuberei hinauszugehen und größere Zusammenhänge herzustellen, konsequent als »unwissenschaftliches Unterfangen« abgestraft. Mittlerweile hat sich diese Abwehrhaltung auf der ganzen Linie durchgesetzt. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, daß die Wertkritik regelmäßig heftige Abwehrreaktionen hervorruft. Auf dem akademischen Donnerbalken und seinen Verlängerungen ist für ein Denken, das sich nicht damit begnügen will, sein Theoriehäuflein neben andere Theoriehäuflein zu setzen, sondern den Anspruch erhebt, über sich selber hinauzuweisen, in der Tat kein Platz. Ebensowenig kann verblüffen, daß die Wertkritik-Allergiker für diese Unverträglichkeit mit Vorliebe den angeblich monokausalen Charakter und den Hermetismus der Wertkritik verantwortlich machen.

Dieser gebetsmühlenhaft wiederholte Anwurf stellt die Sache indes auf den Kopf. Wenn behauptet wird, Wertkritik liefere darauf hinaus, die soziale Wirklichkeit aus einem Punkt zu deduzieren, und sie würde von daher jedes anders geartete Theoretisieren letztlich für gegenstandslos erklären, dann löscht diese Behauptung den grundlegenden Unterschied zwischen radikaler Kritik und positiver Theorie einfach aus und verwechselt das Sichtbarmachen eines Skandals mit dem Skandal selbst. Wertkritik postuliert keineswegs, die soziale Wirklichkeit würde bruch- und restlos in den Prinzipien der Wertlogik aufgehen; sie kritisiert vielmehr die herrschende Realabstraktion gerade deshalb, weil ihr das Streben, diese Unmöglichkeit in der und gegen die Wirklichkeit durchzusetzen, inhärent ist; weil sie nichts anderes als die versuchte Realisation dieser Unmöglichkeit sein kann! Wertkritik läßt sich nicht als die »große Erzählung« der Eigenbewegung eines selbstgenügsamen Prinzips lesen; als genuine Krisentheorie insistiert sie vielmehr darauf, daß die omniprésente Herr-

schaft des abstrakten gesellschaftlichen Mediums nur als eklatierender Selbstwiderspruch zu sich kommen kann, der sich in seinem historischen Werdegang immer von dem nährte, was er zerstörte. Eine Theorie, die sich in dieser Form radikal negatorisch auf eine negative Totalität bezieht, würde sich aber ad absurdum führen, wollte sie die Zwangssubsumtion der gesellschaftlichen Wirklichkeit unter die prozessierende Realabstraktion des Werts an sich selber wiederholen und den Status einer Universaltheorie Hegelscher Prägung anstreben.

Die Kritik am gewaltsamen Real-Universalismus des Werts hat – so man sie konsequent weiterdenkt und nicht eng ökonomiekritisch faßt – auch weitreichende Implikationen für die Fragestellungen von Theorieansätzen anderer Herkunft (kulturtheoretische, feministische, psychoanalytische usw.). Vor allem wo sich die Problemfelder überlappen, muß Wertkritik daher bestrebt sein, sich mit diesen Denktraditionen in Beziehung zu setzen und an deren Erkenntnisstand zu partizipieren. Dieses In-Beziehung-Setzen hat aber weder etwas mit Eklektizismus zu tun noch mit einem ableitungstheoretisch begründeten Eingemeindungsversuch, der jede kritische Regung sich selber gleich machen will.

Am Anfang ihrer Entwicklung konnte sich Wertkritik nur in entschiedener Abgrenzung überhaupt als eigene Position konstituieren, indem sie gegen das omnipräsente altlinke und bürgerliche Weltbild die Zentralität des Werts für das Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft als *ceterum censeo* geltend machte und in der Reformulierung einer um die Kritik des Warenfetischs zentrierten Kritik der politischen Ökonomie und des demokratischen Staats ihren wesentlichen Inhalt fand. So unerlässlich diese Engführung zunächst war, so wenig sollte und wollte Wertkritik dabei Halt machen. Was als eine (selbst)kritische Aufarbeitung der marxistischen Theorietradition entstanden ist, als Versuch den durch das Marxsche Werk gesetzten Rahmen neu zu füllen, darf es sich nicht selbstgenügsam in diesem Rahmen bequem machen.

Ihn zu überschreiten bedeutet aber notwendig das kritische Hindurchgehen durch marxismusferne Theoriestränge unterschiedlicher Provenienz. Freilich, daß dieses Vorhaben aus der Logik unserer eigenen Theorieentwicklung angesagt ist, beseitigt nicht die enormen Schwierigkeiten, die mit seiner praktischen Umsetzung verbunden sind. Bis zum heutigen Tag hat unsere Suche nach entsprechenden Vermittlungen etwas Vorläufiges, Tastendes, teilweise eher Programmatisches und ist insgesamt noch weit von dem Konkretionsniveau entfernt, das die Krisis auf ihren traditionellen Arbeitsgebieten erreicht hat; was nicht zuletzt auch daran liegt, daß eine Kritik des abstrakten Universalismus, die Totalität konsequent als negative Totalität denkt, nur wenige theoretische Vorbilder und Vorläufer hat. So gesehen ist es nicht weiter verwunderlich, wenn das Spezifische an unserem theoretischen Vermittlungsprogramm häufig genug übersehen und es stattdessen innerhalb der tradierten Dichotomie von positivem Systemdenken und pluralistisch-gleichgültigem Nebeneinander verortet wird.

Sicherlich hat dieses Mißverstehen auch etwas mit subjektivem Unverständnis und Unwillen zu tun und mit der Unlust, sich aus den gewohnten Bahnen des Denkens drängen zu lassen. Dies darf indes nicht von der gesamtgesellschaftlichen Großwetterlage ablenken, in der solche Interpretationen wie die Pilze aus dem Boden schießen. Wenn die Zeichen der Zeit allenthalben auf »Öffnung« stehen, was liegt da näher als die widersinnige Vorstellung eines »wertkritischen Pluralismus«? Und wenn große Teile der akademischen und außerakademischen Linken mit jahrelanger Verspätung (aber gerade deshalb umso hektischer) dem längst abgefahrenen Zug des Dekonstruktivismus und des Poststrukturalismus hinterherlaufen, dann erscheint es ihnen wohl als selbstverständlich, auch die Wertkritik müsse sich an dieser stolpernden Verfolgungsjagd beteiligen und sich begierig mit Versatzstücke des postmodernistischen Denkens ausstaffieren. Nun ist es natürlich nicht überflüssig, sich mit diesen momentan hegemonialen Strömungen sowohl in ihrem theoretischen Gehalt, aber auch als Indiz einer gesellschaftlichen Grundstimmung auseinanderzusetzen; und möglicherweise kann das in mancher Hinsicht auch befruchtend sein. Dies setzt indes ein kritisches Durcharbeiten voraus, also gerade Distanz, und keine aus einem Anschlußbedürfnis geborene Bereitschaft zu voreiligem Identifizieren. Wer sich keine Rechenschaft darüber ablegt, wie weit Wertkritik und postmodernistische Positionen (soweit man bei letzteren überhaupt von Positionen sprechen kann) auseinanderliegen, wird die Kritik am warengesellschaftlichen Totalitarismus nicht fortentwickeln können, sondern nur das erreichte Reflexionsniveau zugunsten einer vordergründigen Scheinkompatibilität aufgeben.

Nur auf den allerersten Blick nämlich ähnelt der antimetaphysische Gestus von Derrida & Co., ihr Verwerfen des Totalitätsdenken, unserer Totalitätskritik, und ist Begriffsdekonstruktion ein der Begriffskritikverwandtes Unternehmen. Näher besehen erweist sich das genaue Gegenteil. Wo wir die negative Totalität des Werts in ihrer gewalttätigen Zerrissenheit, ihrer Krisenhaftigkeit und Unhaltbarkeit radikal kritisieren, eskamotiert der Postmodernismus (ein Ismus mit vielen Varianten) sie nur, indem er sie zu einer überholten metaphysischen Vorstellung verharmlost. Keineswegs thematisiert er das begriffliche Denken als von der Realabstraktion durchherrschtes, vielmehr läßt er umgekehrt den warengesellschaftlichen Zwangsuniversalismus in »essentialistischen« Diskursen verschwinden, die er dann in einem unendlichen und unendlich öden Wiederholungszwang »dekonstruiert«. Indem die Wirklichkeit so in einer überstrapazierten Sprachtheorie ertränkt wird, verliert sich das Problem gesellschaftlicher Objektivierung (und damit auch das ihrer Kritik) im Nirwana von unabgeleitetem Meinen und Diskurspositivismus. Während Wertkritik nach dem historischen Bedingungsammenhang fragt, der Abstraktionen wie Arbeit, Staat, Recht etc. erzeugt hat, verwirft die »Dekonstruktion« diese Problemstellung als anachronistisch.

Daher markiert das postmoderne Antitotalitätsdenken nicht eine geistige Gegenbewegung zur Diktatur des bürgerlichen Formprinzips, sondern steht für den Ver-

such, diese am Ende ihres historischen Durchsetzungsprozesses unsichtbar und somit auch unangreifbar zu machen und für eine scheinbare Sistierung der Dialektik von Form und Inhalt in der Simulation. Die bürgerliche Ideologie kann in ihrer postmodernen Verfallsform den Zwang zum begrifflichen Denken nur verwerfen und theoretische Kohärenz als totalitäre Gewalt denunzieren, weil die Warengesellschaft nicht mehr, wie noch in ihrer Aufstiegsperiode, auf die Verdopplung der Realabstraktionen in den theoretischen Denkprinzipien verwiesen ist. Denn die erdrückende Übermacht des scheinbar alternativlosen Faktischen hat mit der Durchsetzungsemphase auch das theoretisch-prinzipienhafte Denken überflüssig gemacht, das nun abgeschlafft um sich selbst kreist und an den eigenen Aporien irre wird. So sanktioniert der postmodernistische Diskurs die Herrschaft des Warenfetischs, weil in seinen Termini festgeschrieben ist, daß von ihr nicht mehr gesprochen werden kann.

Wenn Begriffskritik – der Versuch, die Herrschaft des Werts aufzuspüren und kenntlich zu machen – und Begriffsdekonstruktion – das großangelegte Unternehmen der Spurenverwischung – von einigen Öffnungsliebhabern mit wertkritischem Anspruch als artverwandt betrachtet werden, entbehrt das weder der Ironie noch einer gewissen Logik. Auf dem Boden der wertkritischen Binnendiskussion mag die traumwandlerische Sicherheit, mit der aus der Vielzahl denkbarer vermittlungsfähiger Theorielinien ausgerechnet das genaue Gegenteil von Wertkritik zu deren naheliegender »Ergänzung« auserkoren wird, lediglich als groteskes Mißverständnis erscheinen, und damit als Indiz für reichlich vorhandenen Klärungsbedarf; betrachtet man diese Verkehrung von außen und bezieht den postmodernen Gegenstand der Zuneigung mit ein, so zeigt sie doch etwas mehr an. Die Verwechslung von Feuer und Wasser dokumentiert nicht nur die weite Verbreitung von Bruchstücken des postmodernistischen Diskurses, sondern macht diese Strömung auch als die geistige Avantgarde des unbedingten Pluralismus und des allgemeinen Öffnungs- und Zwangsabrüstungswahns kenntlich. In Dekonstruktivismus und Poststrukturalismus wird der allgemeine Pluralismus so pluralistisch, daß selbst noch der Kontrapunkt als eine weitere mögliche und beliebige Variante im unendlichen »Spiel der Bedeutungen« wahrgenommen werden kann.

Der Positivismus hat schon lange der Entwirklichung der Wirklichkeit weidlich vorgearbeitet, indem er diese in strikt getrennte Erkenntnisgegenstände zerlegte; er blieb dabei aber insofern auf halbem Wege stehen, als er sich immerhin noch dem Zwang zur Widerspruchsfreiheit und dem Kohärenzgebot verpflichtet fühlte und jede Aussage, die nicht unmittelbar mit beobachtbaren Fakten in Einklang zu bringen war, für falsifiziert erklärte. Für den Krisen- und Simulationskapitalismus unserer Tage reicht dieser Schutz vor dem Einbruch der Wirklichkeit in die Wahrnehmung nicht mehr aus. Dazu bedarf es einer radikalisierten und verallgemeinerten Begriffs- und Maßstabslosigkeit, eines Positivismus in der zweiten Potenz. Kein Zufall ist es, daß ausgerechnet Ex-Linke wie Derrida und Lyotard, indem sie ihre marxistische Vergangenheit entsorgten und zu einem »antiessentialistischen« Feldzug aufbrachen,

die Grundlagen hierfür legen. Denn die Linke hatte zeitlebens die Funktion einer Avantgarde der Warengesellschaft inne. Offenbar kommt sie selbst noch im Todeskampf und in ihrer Selbstverabschiedung von dieser Rolle nicht los.

Noch absurder als die Uraufführung im Frankreich der siebziger Jahre ist freilich die Begeisterung, mit der Teile der deutschen Restlinken dieses Spektakel in mehr oder weniger gelungenen Schulaufführungen neuerdings imitieren. In der Rolle der Avantgarde wirken sie ungefähr so glaubwürdig wie die kommunistischen Sekten der Nach-68er in ihrer Inszenierung des arbeiterbewegten Proletkults. Dennoch war wohl eine gewisse Ausstrahlung dieses Schauspiels auch auf den um die Krisis gruppierten Diskussionszusammenhang, der ja nicht hinter den sieben Bergen liegt, kaum zu vermeiden. Dies wäre nicht weiter problematisch und einfach zum Gegenstand inhaltlicher Auseinandersetzungen zu machen, wenn nicht die Neigung, das Unversöhnliche zu versöhnen, also Wertkritik und postmodernistische Ideologie zusammenzuwerfen, das in der letzten Nummer angekündigte Projekt einer zweiten, die Krisis ergänzenden Zeitschrift wesentlich geprägt hätte. Zwar ist Karoshi keine durch und durch postmodernistische Postille geworden, aber sie stellt doch (wie die beiden bisher erschienenen Nummern und mehr noch die zwischen den beiden Redaktionen geführten Diskussionen deutlich gezeigt haben) einen Versuch dar, erstens bestimmte, mit dem herrschenden Zeitgeist inkompatible Momente der Wertkritik zu eskamotieren (insbesondere die Krisentheorie, die Kritik der entwickelten warenförmigen Subjektivität und die Aufhebungsfrage) und sie zweitens stattdessen mit poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Elementen eklektizistisch »anzureichern«. Da ein solches, dem Postmodernismus gegenüber »offenes« Gebilde mit Wertkritik nicht mehr allzu viel zu tun hat und eine notwendige Kritik an dieser zeitgeistigen Strömung nicht etwa vorbereitet, sondern blockiert, da außerdem alle Versuche, dies produktiv zu diskutieren, vorerst gescheitert sind, halten wir es für notwendig, zwischen beiden Projekten einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen. Wir möchten hiermit also unzweideutig klarstellen, daß wir als ehemalige Muttergesellschaft jegliche Haftung und Gewährleistung für die Produkte von Karoshi ablehnen und diese Zeitschrift nicht mehr vom Förderverein Krisis herausgegeben wird. Vielleicht ist mit einer gewissen Distanz und nach einer theoretischen Klärung innerhalb von Karoshi eine fruchtbare Auseinandersetzung eher möglich.

Wenn dieses Zeitschriften-Experiment gemessen an unseren Intentionen einen wenig glücklichen Verlauf genommen hat, dann verweist dies auch auf die grundsätzlichen Schwierigkeiten einer Erweiterung des Bezugsrahmens wertkritischer Theoriebildung und des daran beteiligten Personenkreises. Vielleicht haben wir uns bisher selbst darüber nicht hinreichend Rechenschaft abgelegt. Klar ist natürlich, daß die Krisis nie zu einer Buchbindersynthese im Stile der gängigen akademischen, aber auch vieler außerakademischer Theoriezeitschriften übergehen und einfach Beiträge unterschiedlicher Herkunft unverbunden nebeneinander stellen wird. Andererseits kann ein In-Beziehung-Treten zu anderen theoretischen Ansätzen auch nicht bedeu-

ten, daß jeder einzelne Artikel immer durchgängig explizite Bezüge zur bisherigen wertkritischen Theoriebildung herstellen muß. Die Spannung unaufgelöster Fragestellungen und Differenzen, nicht unmittelbar kompatibler Perspektiven und Begrifflichkeiten muß also ausgehalten werden. Allerdings bedarf es gleichzeitig einer fortlaufenden Diskussion über die veröffentlichten Texte und einer flankierenden metatheoretischen Selbstverständigung. Sonst wird die Krisis nur mit Zusatzmaterial angereichert, nicht aber die Kritik am warengesellschaftlichen Totalitarismus weiterentwickelt.

Wir wissen selbst, daß wir diesen nicht ganz bescheidenen Anspruch bisher nur sehr ansatzweise einlösen konnten. Immerhin sind wir aber doch in den letzten zwei bis drei Jahren ein paar Schritte weitergekommen, nicht zuletzt, weil es uns gelungen ist, den Kreis der Autorinnen und Autoren stetig zu vergrößern und einen kontinuierlichen Diskussionsprozeß zwischen ihnen anzustoßen. Die vorliegende Nummer der Krisis spiegelt dies in mancher Hinsicht wider. Sie vereint thematisch recht unterschiedlich akzentuierte Beiträge mit verschiedenen theoretischen Perspektiven, die jedoch allesamt im Kontext einer Kritik der Warengesellschaft angesiedelt sind.

Der Westen in Not von Ingolf Ahlers setzt sich ausführlich mit dem aggressiven Neokulturalismus von Samuel Huntington (*The Clash of Civilisation*) und dessen theoretischen sowie zeithistorischen Hintergründen auseinander. Er zeigt detailliert, daß dieser einerseits theoriegeschichtlich und machtpolitisch eine Verlängerung der Ideologie des Kalten Krieges ist. Andererseits reflektiert der Wechsel vom »Kampf der Systeme« zum »Kampf der Kulturen« nicht bloß äußerlich den Verlust des systemstabilisierenden Feindbilds im Osten, sondern steht für einen fundamentalen ideologischen und politischen Umbruch im Westen selbst. Argumentativ steht Huntingtons Buch, wie Ahlers nachweist, auf ausgesprochen schwachen Füßen. Wenn es dennoch nicht nur in den USA, sondern auch in Europa oft geradezu begeistert rezipiert wird, dann ist dies ein alarmierendes Signal dafür, wie weit kulturalistische, rassistische, biologistische und sozialdarwinistische Denkraster mittlerweile auch in akademischen und sogenannten politisch seriösen Krisen wieder hoffähig geworden sind.

Mit seiner Polemik Weinkenner aller Länder, vereinigt Euch! – Postmodernismus, Lifestyle-Linker und die Ästhetisierung der Krise eröffnet Robert Kurz die Auseinandersetzung der Krisis mit dem linken Postmodernismus und seine kulturalistischen Illusionen. Dabei geht es zunächst um die sozialen Grundlagen und Zusammenhänge, die den postmodernen und dekonstruktivistischen Theoremen erst ihre modische Popularität verliehen haben. So hat sich im Kontext des aus der strukturellen Überakkumulation entstandenen Kasinokapitalismus seit den 80er Jahren ein ästhetisierender und selbst-ästhetisierender Sozialcharakter und Sozialisationstypus herausgebildet, der als »Ware auf zwei Beinen« jeden Inhalt in Design umformt und warenästhetisch entschärft. Aus dieser Entfaltung des postmodernen »dezentrierten Subjekts« ent-

steht eine Zerstörung aller sozialen Beziehungsfähigkeit, die mit umfassender Entsolidarisierung einhergeht und die Konkurrenz ebenso wie die Krise ästhetisch maskiert. Indem die postmoderne Linke diesem Sozialisationstypus in seinem postmodernen So-Sein »positive Eigenschaften« abzugewinnen und diese in »emanzipatorische Potentiale« umzulügen versucht, nimmt sie eine kulturpositivistisch-affirmative Position ein. Statt einer Weiterentwicklung zur radikalen Wert- und Fetischkritik zeigt sich so eine kulturalistische Karikatur auf den Arbeiterbewegungs-Marxismus und seine Aporien, wobei in Übereinstimmung mit neoliberalen und altmarxistischen Positionen die Krise als absolute Schranke der Wertvergesellschaftung eskamotiert und die wertkritische Krisentheorie ideologisch denunziert werden muß (der zweite Teil dieses Aufsatzes erscheint in der nächsten Krisis).

Roger Behrens thematisiert in seinem Beitrag *Die Politik der zweiten Haut* die Haßliebe des modernen bürgerlichen Individuums zum Körper, die sich in seiner Verleugnung und Funktionalisierung für den Verwertungsprozeß ebenso ausdrückt wie in einer fetischistischen Sorge um ihn: zwei Spielarten der Verdinglichung, zwei Seiten einer Medaille. Der neuerliche Körperkult in der Popkultur der 90er Jahre vereint diese beiden Momente, insofern er die Exzessivität im Umgang mit dem Körper aus dem Arbeitsprozeß radikal in die Freizeit verlängert. Darin erfährt nicht nur der Körper eine weitere warenökonomische Zurichtung, zugleich und vielleicht vorrangig wird auch der dazugehörige Geist unter Kontrolle gebracht. Der Zwang, ein vermeintlich reflektiertes Verhältnis zu seinem Körper zu haben, richtet sich gegen Reflexion insgesamt. Behrens kritisiert vor diesem Hintergrund die popkulturelle »Körperpolitik«, die zwar den Körper massiv und aufwendig inszeniert, aber darin nicht nur von den somatischen Regungen abstrahiert, sondern auch jeden gesellschaftlichen Bezug durchstreicht. Eine Kritik am kapitalistischen Gesundheitssystem und einen Protest gegen den Abbau der öffentlichen medizinischen Versorgung etwa sucht man bei den Ravern der Love Parade vergeblich. Die popkulturelle »Körperpolitik« ist eine »Politik der zweiten Haut«, die den Körper eigentlich außen vor läßt.

Anselm Jappe setzt sich in seinem Artikel *Politik des Spektakels – Spektakel der Politik* mit der Spektakularisierung und dem unwiderruflichen Niedergang der Politik auseinander. Er wendet sich gegen jene, die darin eine bedauerliche »Fehlentwicklung« sehen, die rückgängig gemacht werden könnte. Das Spektakel stellt keine oberflächliche Verzerrung einer »an sich« positiven Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft dar und ist auch weit mehr als banale Propaganda, welche die Dinge anders aussehen läßt, als sie in Wirklichkeit sind. Es ist vielmehr integrales Moment und wesentliches Produkt der entwickelten Warengesellschaft. Jappe polemisiert damit auch gegen die jüngsten Versuche, Guy Debord, Autor der *Gesellschaft des Spektakels*, medientheoretisch und kulturalistisch zu vereinnahmen und so als radikalen Gesellschaftskritiker zu neutralisieren. Er zeigt, daß Debords Spektakelkritik auch dreißig Jahre nach

ihrem Erscheinen nichts an Schärfe und an Aktualität verloren hat. Keinesfalls ist sie kompatibel mit der postmodernistischen Auslöschung der Wirklichkeit in der Simulation und im »Diskurs«. Dagegen sind Spektakelkritik und Wertkritik durchaus verwandt, wenn auch die Differenzen nicht übersehen werden dürfen, wie Jappe an einigen zentralen Punkten zeigt.

Den Abschluß dieser Krisis bildet eine Kontroverse zwischen Clemens Nachtmann und Ernst Lohoff, die auf ein Streitgespräch bei dem Krisis-Seminar im Herbst 1996 zurückgeht. Wir drucken hier noch einmal das leicht überarbeitete Referat von Clemens Nachtmann ab (das ebenso wie der Seminarbeitrag von Ernst Lohoff bereits in der Zeitschrift *Bahamas* 21/ 1996 erschienen ist), zusammen mit einer von Ernst Lohoff verfaßten Replik. Die Kontroverse wird in den nächsten Nummern der Krisis fortgesetzt. In Wenn der Weltgeist dreimal klingelt wirft Clemens Nachtmann der Krisis im allgemeinen und Lohoff im besonderen eine schlechte Geschichtsmetaphysik vor. Einerseits beschrieben wir die kapitalistische Binnengeschichte als einen im strikten Sinne determinierten Prozeß ohne jegliche emanzipatorische Ausbruchsmöglichkeit und würden damit diesen bloß verdoppeln, statt ihn zu kritisieren. Andererseits würden wir aber in der heutigen Krisensituation naiv irgendwelchen Subjekten und Bewegungen ein ihnen selbst noch unbewußtes und lediglich wachzuküssendes Bewußtsein andichten. Damit falle die Krisis auf das von ihr selbst immer wieder kritisierte Politikastertum zurück und verschließe im übrigen auch die Augen vor den xenophoben, nationalistischen und tendenziell antisemitischen Zügen des deutschen Ökologismus. Zugleich vertritt Nachtmann die These, Wertkritik bzw. radikale Gesellschaftskritik überhaupt dürfe nie »positiv« werden, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wolle.

Ernst Lohoff antwortet darauf in seiner Gegen-Polemik *Hello Mr. Postman – Kritik als Affirmation*. Für ihn verweisen die Anwürfe Nachtmanns weniger auf Ungereimtheiten in der Krisis-Position, als vielmehr auf die basalen Schwächen postlinker kritischer Kritik. Wenn Nachtmann etwa den Versuch, die Aufhebungsproblematik theoretisch näher zum umreißen, als Politikastertum denunziert, so sei dies von einem wertkritischen Standpunkt aus schlicht absurd. Erklärbar sei diese Gleichsetzung nur daraus, daß Nachtmann zwar zu Recht den Glauben an ein revolutionäres Subjekt a priori verloren habe, sich aber, gefangen in den altmarxistischen, soziologistischen Rastern selber, das Denken an Befreiung offenbar grundsätzlich nur als die Beschwörung eines solchen Subjekts vorstellen kann und daß er deshalb die Frage nach der Aufhebbarkeit der bestehenden Verhältnisse tabuisieren muß. Eine derartige Gesellschaftskritik, die die Kraft der reinen Negation beschwört, um sich in reiner Ideologiekritik zu üben, bleibe in jeder Hinsicht zahnlos. Kritik, die ihren Namen verdiene, müsse im Sinne der alten Formel Spinozas *negatio est determinatio* bestimmte Kritik sein. Woran Nachtmann Anstoß nehme und was er mit »Positivwerden« pejorativ

übersetze, sei nichts anderes, als eben diese jeder tragfähigen Kritik inhärente Bestimmtheit. Nachtmanns Determinismusvorwurf sucht Lohoff ähnlich zu wenden. Daß die Krisis sich angeblich naiv hoffnungsfroh auf die prognostizierte Krisensituation verlasse, mute nur stimmig an, wenn man Krisentheorie und die Konstituierung eines gesellschaftlichen Gegenbewußtseins als ein und denselben Gegenstand handle. Das entspricht zweifellos der marxistischen Tradition, der gemäß die Krise des Kapitals identisch sein soll mit einer Vermehrung der proletarischen Massen und deren wachsender Bewußtheit; es gehöre aber zu den Leistungen von Wertkritik, diesen Kurzschluß zu kritisieren, statt ihn selber fortzuschreiben.

Abschließend möchten wir uns noch bei unseren Leserinnen und Lesern für die erneute Verspätung bei der Herausgabe der Krisis entschuldigen, die einer leider nicht besonders guten Planung unserer Aktivitäten geschuldet ist. Immerhin können wir angesichts des erweiterten Kreises von Autorinnen und Autoren und aufgrund der Tatsache, daß bereits eine Reihe von Artikeln für die kommenden Nummern fast fertig sind, Krisis 21 auf jeden Fall für den Frühherbst 1998 versprechen und hoffen, auch in Zukunft endlich den lange versprochenen schnelleren Herausgabe-Rhythmus einhalten zu können. Ab der nächsten Ausgabe wollen wir die Krisis außerdem um einen »redaktionellen Teil« erweitern, der kürzere Diskussionsbeiträge, Kommentare, Glossen, Buchbesprechungen etc. enthalten soll. Damit wollen wir ein zusätzliches Forum für eine flüssigere und breitere theoretische und publizistische Auseinandersetzung schaffen.

Ernst Lohoff und Norbert Trenkle für die Redaktion

Die KRISIS ist mehr als eine Zeitschrift

Seit zwölf Jahren versucht die KRISIS, abseits des versiegenden akademischen Mainstreams und des paralyisierten bewegungslinken Diskurses eine Position zu entwickeln, die den Arbeiterbewegungs-Marxismus überwindet, ohne affirmativ »realistisch« zu werden. Daß dies nicht möglich ist, ohne aktiv Zusammenhänge und Foren für die Diskussion unserer Position zu organisieren, davon waren wir von Beginn an überzeugt. Daher gibt es schon seit mehreren Jahren den FÖRDERVEREIN KRISIS E.V., der Träger und Herausgeber der Zeitschrift ist und über Seminare, Diskussionsveranstaltungen, Arbeitstreffen etc. den Austausch zwischen Leuten ermöglicht, die gewillt sind, das alte »Linkssein« zu transformieren:

- Wir führen in einem halbjährlichen Rhythmus Seminare mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten durch, die dem Anspruch Rechnung tragen, die KRISIS einer breiteren Debatte zu öffnen und eine Verbindung zwischen bisher disparaten Ansätzen,

Sektoren und Formen einer neuen »antipolitischen« Gesellschaftskritik zu schaffen.

- Mitte 1996 wurde das »Institut für kritische Gesellschaftstheorie« gegründet, das wir nach und nach ausbauen wollen, um unsere »Infrastruktur« zu verbessern (Bibliothek, Archiv, Räumlichkeiten etc.). Zugleich soll dadurch die Kontinuität der theoretischen und publizistischen Arbeit gesichert werden, indem einzelne Personen im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten für bestimmte Projekte »freigestellt« werden können.
- Die KRISIS ist mit einer Homepage im Internet vertreten (<http://www.magnet.at/krisis>), wo Texte, Informationen und Termine abgerufen werden können. Außerdem steht ein elektronisches Diskussionsforum und Informationsbrett im Computernetzwerk Linksysteme (Brett: /CL/Gruppen/Krisis) zur Verfügung (ausführlichere Informationen dazu auf Seite 82 dieser KRISIS).

All diese Aktivitäten kosten in der Warengesellschaft natürlich Geld. Wir möchten daher unsere Leserinnen und Leser sowie alle an der KRISIS Interessierten dazu auffordern, unser Projekt finanziell zu unterstützen, durch:

- Ein Abonnement der KRISIS
- Eine regelmäßige Unterstützung des FÖRDERVEREIN KRISIS
- Eine Mitgliedschaft im FÖRDERVEREIN KRISIS
- Spenden (steuerlich absetzbar) an den FÖRDERVEREIN KRISIS:

Kto. 106 6627
bei der Stadtsparkasse Nürnberg
(BLZ 760 501 01)

O Ich möchte KRISIS abonnieren

Das Abo beginnt mit der nächsterreichbaren Nummer und ist jederzeit kündbar. KRISIS erscheint zwei- bis dreimal jährlich. Der Abopreis beträgt z.Zt. DM 16,00 für Einzelhefte bis 144 Seiten, DM 18,00 bis 176 Seiten und DM 20,00 für Hefte bis 208 Seiten. Im Preis enthalten ist der Versand innerhalb Deutschlands. Abonnenten erhalten die KRISIS sofort nach Erscheinen der jeweiligen Nummer zugeschildt; jeder Ausgabe liegt eine Rechnung bei, die innerhalb von 7 Tagen bezahlt werden muß. Abolieferungen außerhalb Deutschlands zzgl. der Versandkosten.

Name: _____

Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____

Abobestellung an: Horlemann Verlag • Postfach 1307 • 53583 Bad Honnef • e-mail: horlemann@aol.com

An den Förderverein KRISIS e.V. · Postfach 2111 · 91011 Erlangen

- Ich werde den FÖRDERVEREIN KRISIS E.V. durch eine einmalige Spende von DM auf das Konto 1 066 627 bei der Stadtparkasse Nürnberg (BLZ 760 501 01) unterstützen. *Bitte schickt mir eine Spendenbescheinigung.*
- Ich möchte den FÖRDERVEREIN KRISIS E.V. regelmäßig durch einen Betrag von DM monatlich / vierteljährlich auf das Konto 300 114 859 bei der Postbank Nürnberg (BLZ 760 100 85) unterstützen. *Dafür erhalte ich regelmäßig die KRISIS sowie alle Publikationen der Edition KRISIS und werde über die Aktivitäten des Vereins informiert.*
- Ich möchte Mitglied im FÖRDERVEREIN KRISIS E.V. werden und werde regelmäßig einen Beitrag von monatlich / vierteljährlich (mind. DM 20 im Monat; DM 10 für Geringverdienende) auf das Konto 300 114 859 bei der Postbank Nürnberg (BLZ 760 100 85) überweisen. *Dafür erhalte ich regelmäßig die KRISIS sowie alle Publikationen der Edition KRISIS und werde über die Aktivitäten des Vereins informiert.*
- Bitte schickt mir (erst einmal) die Satzung des FÖRDERVEREIN KRISIS E.V. sowie Informationen über die aktuellen Aktivitäten des Vereins zu.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich abzugsfähig. Die entsprechenden Bescheinigungen werden nach Jahresende verschickt.

Name: _____

Adresse: _____

Datum/Unterschrift: _____